

## Anträge

### 1) Maßnahmen gegen die Umgehung des Bettelverbots für Kinder durch Straßenmusik

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Antrag:

GR. **Rajakovics**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wenn die Tage länger und wärmer werden, beginnt in Graz auch die Saison der Straßenmusik. Gerade für die Innenstadt können die StraßenmusikerInnen eine große Bereicherung darstellen. Vor allem, wenn es sich um MusikstudentInnen, AIMS-TeilnehmerInnen etc. handelt, kann diese Musik ein Ohrenschauspiel sein.

Leider wirft die Sonne auch einen Schatten.

Offensichtlich versuchen einige, das Bettelverbot für Kinder dadurch zu umgehen, dass man diesen ein Instrument in die Hand drückt. Die Kinder sitzen dann stundenlang mit der Harmonika oder Gitarre in der Herrengasse und spielen ihre zwei bis drei Lieder. Das muss sowohl für die Kinder unerträglich sein und es ist auch eine Zumutung für Menschen, die in so einem Umfeld leben und arbeiten.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsklubs den

### **Antrag:**

Die zuständigen Ämter Straßen- und Jugendamt mögen die die Straßenmusik betreffende Regelungen überprüfen und sofort geeignete Maßnahmen setzen, die diese Umgehung des Bettelverbots für Kinder unterbinden (*Applaus ÖVP*).

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 2) Freifahrt auf öffentlichen Linien bei Kulturveranstaltungen

GR. **Schönegger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtrat Eiselsberg, ich tu mir jetzt leichter, es sind nur zwei Stadtreger anwesend, deswegen begrüße ich sie namentlich. Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag, den ich heute einbringe, ist nicht mehr aber auch nicht weniger als ein Arbeitsauftrag. Ziel dieses Antrages ist es, gemeinsam mit den Betreibern von Veranstaltungsorten und den Grazer Verkehrsbetrieben kreativ aber auch intensiv über ein Modell nachzudenken, ein Modell, welches in naher Zukunft möglich machen soll, dass mit dem Kauf eines Veranstaltungstickets auch das Beförderungsentgelt für die öffentlichen Linien zum Veranstaltungsort hin und wieder zurück möglich sein soll, so wie es in der Bundeshauptstadt Wien zum Beispiel schon längst Usus ist. Ich nenne nur einige Gründe, welche die Sinnhaftigkeit dieses Vorbringens unterstreichen. Es ist ein weiterer Beitrag dazu, das Verkehrsaufkommen des Individualverkehrs in Graz einzudämmen. Zugegeben, ein bescheidener Beitrag, aber angesichts der Feinstaubproblematik ist, glaube ich, jeder Beitrag, der umgesetzt werden kann, ein wichtiger Beitrag. Zweitens, Graz hat sich nicht erst im letzten Jahr, aber vor allem im letzten Jahr als Kulturstadt positioniert und wird dies auch in Zukunft tun. Ich bin der Meinung, unser Antrag ist ein wichtiger und in der Tat mehr als symbolischer Beitrag dazu, diese Positionierung zu unterstreichen. Und last but not least möchte ich darauf hinweisen, dass es durch diese Maßnahme zu keinerlei Mehrkosten kommen wird, da ja keine zusätzlichen Linien, im Gegensatz zum Fußball zum Beispiel, eingeführt werden müssen.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

### **A n t r a g,**

der Gemeinderat möge beschließen, die damit befassten Ämter werden beauftragt, gemeinsam mit den Grazer Verkehrsbetrieben und den Betreibern der großen Grazer Veranstaltungsorte darüber übereinzukommen, ein Modell zu entwickeln, dass die jeweiligen Eintrittskarten für Veranstaltungen auch als Fahrscheine auf den

öffentlichen Linien zum Veranstaltungsort hin und wieder zurück akzeptiert werden. Die Gültigkeit der Eintrittskarte als Fahrschein sollte sich dabei auf zwei Stunden vor Beginn und bis zwei Stunden nach der jeweiligen Veranstaltung erstrecken. Ich bitte um Annahme. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **3) Namensgebung "Dorothee Sölle"**

GRin. **Edlinger** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei meinem Antrag geht es um die Benennung eines jetzt noch namenlosen Wegs im Bezirk Gries nach der Theologin Dorothee Sölle. Dorothee Sölle wurde am 30. September 1929 unter dem Mädchennamen Nipperdey in Köln geboren. 1949 begann sie ein Studium der Philosophie und alten Sprachen, wechselte aber 1951 zur evangelischen Theologie und setzte auch das inzwischen zusätzlich belegte Studium der Germanistik fort. 1954 schloss sie ihr Studium mit dem Staatsexamen und einer literaturwissenschaftlichen Dissertation ab. Danach arbeitete sie zunächst als Gymnasiallehrerin und auch als freie Mitarbeiterin für Rundfunk und verschiedene Zeitschriften. Von 1962 bis 1964 war sie Assistentin am Philosophischen Institut in Aachen, von 1964 bis 1967 Studienrätin im Hochschuldienst am Germanistischen Institut in Köln. 1965 erschien ihr Buch "Stellvertretung", das damals durchaus sehr kontroversiell diskutiert wurde. Sie entwickelte darin ihre "Theologie nach Auschwitz". In dieser Phase beginnt ihr Aufstieg zur berühmten und durchaus auch sehr umstrittenen Theologin. Mit anderen gemeinsam entwickelte Sölle in dieser Zeit das "Politische Nachtgebet" und versuchte auch damit gegen herrschendes gesellschaftliches Unrecht anzukämpfen. Maria Mies, die bekannte Professorin für Soziologie sagte dazu: "Ich wurde durch

Dorothee Sölle und das von ihr mitbegründete ‚Politische Nachtgebet‘ politisiert. Das ‚Politische Nachtgebet‘ mit seiner wunderbaren Methode des Viererschritts - Information, Meditation, Diskussion und Aktion - gab mir und vielen anderen die Möglichkeit, über politische Probleme öffentlich im Kirchenraum zu reden und nach Handlungsmöglichkeiten zu suchen."

Dorothee Sölle habilitierte sich 1971 an der Philosophischen Fakultät der Universität Köln. 1975 wurde sie Professorin für Systematische Theologie in New York. Sie unternahm in diesen Jahren auch Reisen nach Lateinamerika und kommt intensiv mit der Befreiungstheologie in Kontakt. Während ihrer Zeit in den USA entwickelte sich Dorothee Sölle auch zur feministischen Theologin. Sie setzte sich fortwährend für eine feministische Theologie als Befreiungstheologie ein und hat viel dazu beigetragen, dass in den Kirchen die Frauenfrage nicht länger tabuisiert werden konnte.

Nach ihrer Rückkehr nach Europa wurde sie 1987 Gastprofessorin zunächst an der Gesamthochschule in Kassel und anschließend an der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Basel. Sie engagierte sich intensiv in der europäischen Friedensbewegung, denn ihre "Graswurzel-Orientierung" hat sie konsequent beibehalten. 1994 erhält sie eine Ehrenprofessur an der Universität Hamburg.

In den letzten zehn Jahren ihres Lebens blieb Dorothee Sölle so politisch und basisorientiert, wie es bei ihr für viele Jahrzehnte typisch war. Ihr letztes Buch "Mystik des Todes" konnte sie nicht mehr vollenden. Sie starb vor fast genau einem Jahr, am 27. April 2003, überraschend während einer Tagung, die sie besucht hatte. Dort hat sie nur einen Tag zuvor ihren letzten Vortrag gehalten.

Dorothee Sölle war auch zu zahlreichen Vorträgen immer wieder in Graz zu Gast. Bei einem ihrer Graz-Aufenthalte besichtigte sie auch die Doppelwendeltreppe in der Grazer Burg und schrieb davon inspiriert das Gedicht "Brief an den erbauer der grazer wendeltreppe im himmel", welches im Band "verrückt nach licht. gedichte" bereits 1984 erschienen ist.

Die Landesgruppe von Pax Christi, Internationale Katholische Friedensbewegung, hat angeregt, den derzeit noch namenlosen Weg von der Albert-Schweitzer-Gasse zum Oeverseepark nach der sozial engagierten, herausragenden Theologin zu benennen. Die Evangelische Superintendentur Steiermark unterstützt diesen Vorschlag sehr, wie in einem Schreiben von Superintendent Mag. Hermann Miklas an den Bezirksrat Gries vom Februar dieses Jahres zum Ausdruck gebracht wird. Aus diesem Schreiben: "Frau Sölle war eine äußerst engagierte Theologin von Weltrang... Ihr Name würde auf jeden Fall gut zum Theologen Albert Schweitzer passen. Beide hatten Zeit ihres Lebens immer auch einen ganz starken ökumenischen Bezug."

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Fraktion den

### **A n t r a g ,**

den Weg, der von der Albert-Schweitzer-Gasse zum Oeverseepark und an diesem entlang zur Lissagasse führt, nach der großen Theologin Dorothee Sölle zu benennen (*Applaus SPÖ*).

***Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **4) Beleuchtung von Fuß- und Radwegen**

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meinem Antrag geht es auch um mehr Licht, aber keine Sorge, nicht mehr Licht in einem Bauvorhaben, sondern um mehr Licht auf Rad- und Fußwegen. Zur Sache selber: Die hinreichende Beleuchtung von Fuß- und Radwegen gehört

sowohl aus verkehrspolitischen wie auch aus umweltpolitischen Gründen zum „Pflichtprogramm“ – wie überhaupt alle sinnvollen Maßnahmen zur Attraktivierung des Radverkehrs und des Zu-Fuß-Gehens gesetzt werden sollten und müssten. Darüber hinaus ist erwiesen, dass die Sicherheit und insbesondere das subjektive Sicherheitsgefühl durch Beleuchtung deutlich erhöht werden kann.

Gleichzeitig kommt es aus der Bevölkerung immer wieder zu Beschwerden hinsichtlich der mangelhaften Beleuchtung auf Rad- und Fußwegen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion wird somit der

### **A n t r a g**

gestellt, es möge dem Verkehrsausschuss ehebaldigst ein Informationsbericht samt Maßnahmen-Katalog hinsichtlich der Verbesserung der Beleuchtung von Fuß- und Radwegen vorgelegt werden. Bei diesem Bericht möge aber bitte auch darauf eingegangen werden und berücksichtigt werden Energieverbrauchs-, Naturschutz- und Belästigungsaspekte. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

*Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 14.45 Uhr den Vorsitz.*

#### **5) Projekt Schallschutz an den Bestandstrecken der ÖBB in Graz**

GR. **Slamanig** stellt folgenden Antrag:

GR. **Slamanig**: Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ja nicht allzu neu, aber die Gründe könnte ich auch weiter ausführen. Die Lärmbelastung für die AnrainerInnen von Autostraßen und Schienenverkehrswegen nimmt ständig zu. Diese Fakten und Daten sind der Stadt Graz durch die umfassende Tätigkeit des Umweltamtes schon längst bekannt.

Seit Mai 2000 gibt es zwischen den ÖBB, dem Land Steiermark und der Stadt Graz einen Vertrag, der die Grundlage für die Errichtung von Schallschutzeinrichtungen an den Bestandsstrecken der ÖBB ist. Darin ist auch eine Aufteilung der Finanzierung vorgesehen.

In vielen steirischen Regionen und Städten ist der Ausbau von Schallschutzeinrichtungen bei den ÖBB schon sehr weit fortgeschritten beziehungsweise abgeschlossen. Um weitere Verzögerungen zu vermeiden, ist es ein Gebot der Stunde, dass sich die Stadtregierung endlich mit diesem Projekt beschäftigt, damit den geplagten BürgerInnen endlich geholfen wird.

Die Grazerinnen und Grazer haben ein Recht darauf, an jenen Straßen und Schienenverkehrswegen Schallschutzeinrichtungen zu erhalten, bei denen die Lärmbelastung in der Nacht mehr als sechzig Dezibel erreicht.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **A n t r a g :**

Das Projekt Schallschutz an den Bestandstrecken der ÖBB in Graz ist unverzüglich in Angriff zu nehmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 6) P-&-R-Platz in Mariatrost

GRin. **Binder** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Park-&-Ride-Platz in Mariatrost. Vor einiger Zeit wurde bekannt, dass die Stadt Graz in Zusammenarbeit mit der GPG den Ankauf eines ca. 1500 m<sup>2</sup> großen Areals nahe der Endhaltestelle der Linie 1 in Mariatrost für die Errichtung eines Park-&-Ride-Platzes für bis zu 600 Abstellplätze plant.

Abgesehen von den noch nicht abgeschlossenen Kaufverhandlungen mit der Diözese Graz Seckau und der nötigen Umwidmung des Grundstückes, stellt sich die wesentliche Frage, ob die Finanzierung einer ÖV Erschließung des betroffenen Einzugsgebietes in Richtung Fölling in ökologischer und ökonomischer Hinsicht nicht die bessere Lösung wäre, um den PendlerInnenverkehr zu minimieren.

Aus den genannten Gründen stelle ich daher namens der Grünen - ALG folgenden

### **A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit der GPG die langfristigen Kosten für eine ÖV- Erschließung des Einzugsgebietes Weiz - Fölling jenen gegenüberzustellen, die im Zuge des Ankaufs, der Errichtung und der Betreibung des geplanten Park-&-Ride-Platzes anfallen würden.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.*



## 7) Verlängerung der Linie 77

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Der zweite Antrag bezieht sich auf die Verlängerung der Linie 77. Die Buslinie 77 fährt von St. Leonhard über den Berliner Ring in die Ragnitz. Beim so genannten Bildstock kehrt sie um. Bereits eine geringfügige Verlängerung dieser Linie um etwa 1,5 km in Richtung Kainbach(kreuz) könnte mit geringem finanziellem Aufwand ein einwohnerstarkes Einzugsgebiet erschließen. In Zahlen ausgedrückt hätten entlang dieser ÖV - Trasse 1.285 Personen ihren Hauptwohnsitz und 400 DienstnehmerInnen ihren Arbeitsplatz. Zudem würde eine Verlängerung dieser Linie auch den rund 100 sportlich aktiven Kindern und Jugendlichen des SV Ries zugute kommen, die nach langem Bangen nun beim USV Kainbach/Hönigtal eine sportliche Heimat gefunden haben.

Da alles für die Verlängerung der Buslinie 77 spricht, stelle ich namens der Fraktion der Grünen - ALG folgenden

### **A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen des Magistrat Graz mögen an die Verantwortlichen der GVB, des Verkehrsverbundes Steiermark, sowie den Bürgermeister der Gemeinde Kainbach herantreten, um ein gemeinsames Finanzierungsmodell für die Verlängerung der Buslinie 77 in Richtung Kainbach zu entwickeln. Die erarbeiteten Vorschläge mögen dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung zur Beschlussfassung vorgelegt werden (*Applaus Grüne*).

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 8) FußgängerInnen–Unterführung Bahnhof

GRin. **Rücker** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Rücker**: Jetzt ist einmal leise, ein Wahnsinn. Ja, weil so wenig da sind.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Aber wir hören zu.*

GRin. **Rücker**: Herr Klubobmann, es ehrt mich. Herr Klubobmann, das ist ein Thema, das Sie besonders interessieren wird, weil Sie ja auch ein so Urban-Graz-West-Fan sind und es wird einen Bezug dazu geben. Es betrifft eine FußgängerInnenunterführung beim Bahnhof. Seit über 10 Jahren wird in den Bezirken Lend und Eggenberg der Bau eines Verbindungstunnels von der Bahnsteig-Unterführung im Hauptbahnhof nach Westen gefordert. Entgegen den Wünschen vieler betroffener Menschen und entgegen wiederholter einstimmiger Beschlüsse in den jeweiligen Bezirksräten bisher leider noch ohne Erfolg. Den Grazer Westen, vom Bahnhof her kommend, zu erreichen, heißt noch immer: Lange Umwege in Kauf nehmen.

In den ersten März-Wochen wurden in beiden Bezirken Anträge der Grünen, die den Bau des Personentunnels zeitgleich mit der Neugestaltung der Waagner-Biro-Straße fordern, einstimmig angenommen.

Das EU-geförderte Projekt Urban-II ermöglicht die Umsetzung von so vielen Bauvorhaben westlich des Bahnhofs wie noch nie. Neben dem Ausbau des Fachhochschulzentrums, dem Ausbau von Straßen, etwa der recht interessanten Planung der Waagner-Biro-Straße im Jahr 2005, ist aber für viele FußgängerInnen im Bereich des Hauptbahnhofes weiterhin nichts vorgesehen, weder für die AnrainerInnen, noch für die Beschäftigten der Betriebe westlich des Bahnhofs und

auch nicht für BesucherInnen der Helmut-List-Halle, die ja nun auch über weniger Parkplätze verfügen werden in Zukunft.

FachhochschulstudentInnen und SchülerInnen, die Eggenberg täglich über den Bahnhof erreichen wollen, kann mit diesem Tunnel eine echte Alternative zum Auto und eine direkte Anbindung an den ÖV in der Waagner-Biro-Straße geboten werden. Dieser Tunnel eignet sich auch für den Radverkehr, wodurch eine weitere attraktive und sichere Rad-Route geschaffen würde.

Den Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, auf sicherem und möglichst kurzem Weg zu ihren Zielen zu gelangen. Darum und für eine weitere Aufwertung der Bezirke Eggenberg und Lend muss dieser Personentunnel in die Waagner-Biro-Straße verwirklicht werden.

Ich stelle daher namens der Fraktion der Grünen - ALG den

### **A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt, unter Berücksichtigung aller Fördermöglichkeiten, zum Beispiel auch das Urban II Projekt, und Beteiligungen privater und öffentlicher PartnerInnen ein Finanzierungskonzept für die Errichtung eines Personen- und Fahrradtunnels, wie er vom Stadtplanungsamt in Planung ist, auszuarbeiten und die fertige Projektgenehmigung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich möchte auch darauf hinweisen, zum Beispiel diese Unterführung, die jetzt gestartet wird, wurde mit GKE-Beteiligung möglich in der Köflacher Straße, also es gibt sehr wohl Möglichkeiten, auch Beteiligte außerhalb zu finden und es muss nicht immer alles die Stadt alleine zahlen, wenn das die Antwort sein sollte.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Danke, Frau Gemeinderätin! Ich muss wirklich etwas als Zeitzeuge, wenn ich darf, dazusagen, der ersten Antrag zu diesem Tunnel kam vom Gemeinderat Gennaro, dann vom Gemeinderat Simbürger, dann habe ich, glaube

ich, schon einmal gestellt und der Kollege Kolar auch. Das heißt, wenn gut Ding Weile braucht, dann denke ich, war der sehr richtig dieser Antrag auch auf Grund der Stadtentwicklung im Westen und wir hoffen sehr, dass er auch wirklich nicht nur geschäftsordnungsgemäß, was tatsächlich jetzt zu tun ist, zugewiesen wird, sondern dass er von Erfolg, dieser Antrag, auch gekrönt wird. Danke.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **10) Sachprogramm Sport**

GR. Mag. **Candussi** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Candussi**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Eine vor wenigen Wochen von der „Plattform Pro Sport“ veranstaltete Diskussion, der Kollege Simbürger hat sie schon erwähnt, über die Möglichkeiten der Stadt Graz, die kommunale Sportförderung zu verbessern, wurde ein Manko besonders deutlich: Das Fehlen eines "Sachprogramms Sport", das Ziele städtischer Sportpolitik dokumentiert und die Kriterien zur Vergabe von Subventionen und Investitionen klarstellt.

Aus diesem Grunde stelle ich daher heute namens der Fraktion der Grazer Grünen und soweit ich mitbekommen habe, im Einvernehmen mit dem zuständigen Stadtrat, den

### **A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden beauftragt, die Vorbereitungen zur Erstellung eines „Sachprogrammes Sport“ zu erarbeiten. Dazu sind als erste Schritte die Erhebung und Evaluierung bestehender Angebote und Bedürfnisse in möglichst allen Sportbereichen, also sowohl Leistungs- als auch Breitensport, Vereinssport

ebenso wie unorganisierte Formen sowie der räumlichen Angebote und Bedürfnisse nötig.

Für die Erhebungsarbeiten scheint eine externe Moderation angebracht, mit der Evaluierung der bestehenden Angebote und der Sportstätten könnte nach Möglichkeit das Institut für Sportwissenschaften der Universität Graz beauftragt werden. Ich hoffe, dass dieser Antrag auch irgendwann seine Umsetzung findet. Gut Heil, sagt man unter den Sportlern.

***Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***